



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
09.10.2014

Umstrittene „Stolpersteine“: Der Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde Gehör verschaffen – Stadtrats-„Hearing“ absetzen!

Ich beantrage:

Der Stadtrat beschließt: das für Herbst, voraussichtlich Dezember 2014 ins Auge gefaßte „Stadtrats-Hearing“ zum Thema „Stolpersteine“ wird abgesagt. Die LHM verlegt auch künftig keine „Stolpersteine“ und trägt so einer angemessenen Münchner Gedenk- und Erinnerungskultur Rechnung.

Begründung:

Seit vielen Jahren, genauer gesagt: seit 2004 ist sich die Münchner Stadtpolitik darin einig, daß auf öffentlichem Grund in der bayerischen Landeshauptstadt keine sogenannten „Stolpersteine“ verlegt werden sollen. Bei diesen handelt es sich um pflastersteingroße Erinnerungsobjekte, die auf der Oberseite eine aus Messing gefertigte Inschrift zum Gedächtnis an NS-Verfolgte, meist Juden, tragen. Die „Stolpersteine“ werden zum Zweck des Gedenkens in der Regel in öffentliche Gehwegflächen eingelassen. Europaweit sollen mittlerweile rund 45.000 Stück ausgebracht worden sein. Die „Stolpersteine“ werden von dem „Künstler“ Gunter Demnig zu einem Stückpreis zwischen 95 und 120 Euro hergestellt.

Anders als in vielen anderen Städten wurden in München bislang keine „Stolpersteine“ verlegt. Maßgeblich für diese Linie ist bis heute die gemeinsame Überzeugung der langjährigen Präsidentin der Münchner Israelitischen Kultusgemeinde, Frau Dr. h.c. Charlotte Knobloch, und des früheren Münchner Oberbürgermeisters Christian Ude, die diese Form der Erinnerungskultur nicht für angemessen halten. Ein Stadtratsbeschluß vom Jahre 2004 schrieb diese Position bis heute fest.

„Stolpersteine“ existieren demzufolge in München bislang nur auf privatem Grund; doch sollen sich rund 200 Exemplare der umstrittenen Erinnerungsmale, die zwar hergestellt, aber bisher nicht verlegt werden konnten, in einem von der „Initiative Stolpersteine für München e.V.“ angemieteten Keller befinden.

b.w.

Ohne Not und zwingenden Grund beschloß nun der Münchner Stadtrat in seiner jüngsten Vollversammlung am 01.10.2014 auf Initiative der Grünen und mehrerer Bezirksausschüsse die Abhaltung eines „Stadtrats-Hearings“ zum Thema „Stolpersteine“. Im Rahmen der Anhörung sollen die Möglichkeiten und Modalitäten einer künftigen Verlegung von „Stolpersteinen“ auf öffentlichem Münchner Grund erörtert werden, was einer Abkehr von der bisherigen bewährten Linie gleichkäme. Gegen die einschlägige Beschlußvorlage stimmte am 01.10. nur die BIA im Rathaus.

Bei der Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde, Frau Dr. h.c. Knobloch, stieß die Initiative des Stadtrates prompt auf nachvollziehbare Ablehnung; ein aktuelles Schreiben an den Münchner Kulturreferenten zeugt davon – Auszüge daraus machte die „Süddeutsche Zeitung“ in ihrer Ausgabe vom 08.10. öffentlich. Frau Knobloch bezeichnet die „Stolpersteine“ darin als „obsessives Kunstprojekt“, das vom Stadtrat noch für dieses Jahr ins Auge gefaßte „Hearing“ gar als „würdeloses Schauspiel, das einige Profilneurotiker mühevoll und unerbittlich erzwungen“ hätten (zit. nach: D. Hutter, „Würdeloses Schauspiel“, SZ 08.10.2014).

Die Äußerungen der Präsidentin der Münchner Israelitischen Kultusgemeinde stellen der geschichtspolitischen Sensibilität der Stadtratsmehrheit ein geradezu vernichtendes Zeugnis aus. Besonderes Gewicht entfaltet Frau Knoblochs Kritik ausgerechnet angesichts einer Feststellung des Oberbürgermeisters in der in Rede stehenden Stadtrats-Vollversammlung am 01.10.2014 – im Wortlaut: „Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Münchner Stadtparlament soll und wird nicht zum Forum für ausländerverfeindliche, islamfeindliche oder **antisemitische Thesen** werden. Daher werden wir auch heute (...) uns auf keine Diskussion einlassen.“ (hier wiedergegeben nach: http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtpolitik/Der-Muenchner-Stadtrat/Der-Muenchner-Stadtrat-live/Mediathek/7_011014.html#A2, ab Pos. 11'28; zuletzt aufgerufen: 09.10.2014, 05.00 Uhr; Hervorhebung im Text: KR).

Gerade vor dem Hintergrund der besonderen historischen Verantwortung Münchens als früherer NS-„Hauptstadt der Bewegung“ käme die Mißachtung einer so gewichtigen Stimme wie derjenigen der Präsidentin der Münchner Israelitischen Kultusgemeinde – die zudem Münchner Ehrenbürgerin ist und bis 2013 außerdem Vizepräsidentin des Jüdischen Weltkongresses war – einem schlimmen, ja unverzeihlichen Fauxpas im erinnerungspolitischen Diskurs der LHM gleich; sie würde die jahrzehntelangen Bemühungen der Stadt München um die Aufarbeitung ihres schweren historischen Erbes geradezu konterkarieren.

Der Münchner Stadtrat wäre vor diesem Hintergrund gut beraten, seine allzu leichtfertig getroffene Entscheidung vom 01.10.2014 noch einmal zu überdenken und schlußendlich vom Ansinnen des in Rede stehenden „Hearings“ Abstand zu nehmen; es wäre ein Zeichen, daß die Stadt auch künftig ihrer bewährten Linie in puncto „Stolpersteine“ treu zu bleiben beabsichtigt und sich nicht auf geschichtspolitisch mißverständliche Abwege zu begeben gedenkt.



Karl Richter
Stadtrat